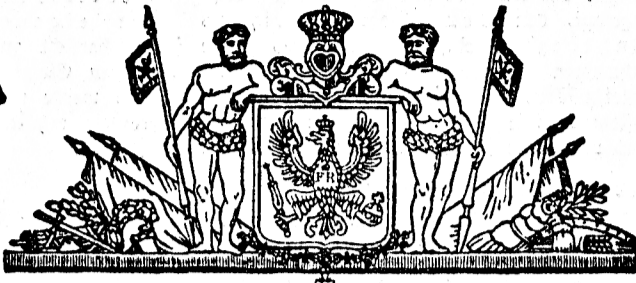


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handeltst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangt Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Die Frage „Preußen“.

Die „allmähliche“ Lösung.

Der frühere Reichsminister Preuß sucht in der „Deutschen Nation“ zu rechtfertigen, warum bei Schaffung der Reichsverfassung auf den Versuch verzichtet wurde, für das Reich „den notwendigen Unterbau zu schaffen durch eine territoriale Neugliederung in Länder nach den Zusammenhängen der Stämme und Landschaften, der Kultur und Wirtschaft“ und in einem ihren Aufgaben innerhalb des Reiches entsprechenden Größenverhältnis. Diese Aufgabe habe sich als „unlösbar“ erwiesen, „zunächst infolge der inneren, verworrenen und verwirrenden Verhältnisse, in deren Mittelpunkt der Streit um Preußen stand; sodann infolge des Versailler Diktats, das die schwere Sorge um die notwendige innere Entwicklung lähmte.“

Der Schöpfer der Weimarer Verfassung fügt zu diesem bedenklichen Eingeständnis noch die treffende Bemerkung, daß die „chronischen Reibungen und Hemmungen“ zwischen der preußischen und der Reichszentrale durch eine Personalverminderung keineswegs beseitigt werden können, selbst wenn die parteipolitische „Homogenität“ herbeigeführt werde.

Nachdem Zeit und Gelegenheit einmal verpaßt seien, das Problem „auf einmal und gründlich“ zu lösen, müsse man schrittweise vorgehen. Hugo Preuß glaubt, wie er auch schon in der Landesversammlung auseinandergesetzt hat, daß die Verfassung des Reichs und Preußens den Weg dazu zeige, und zwar folgendermaßen:

„Erweiterte Autonomie und Selbstverwaltung der preußischen Provinzen, ihre Vertretung im preußischen Staatsrat und im deutschen Reichsrat; damit werden die preußischen Landschaften auch rechtlich zu dem gemacht, was sie tatsächlich sind: deutsche Länder, die aber noch durch ein besonderes Band innerhalb des Reiches enger als die übrigen deutschen Länder zusammengefaßt sind. Das schließt sie aber künftig nicht mehr von jeder unmittelbaren Beziehung zum Reich aus. Bleibt danach die besondere preußische Zentrale auch noch bestehen, so wird sich mit der Durchführung jener Organisation immer deutlicher die Notwendigkeit und die Möglichkeit ergeben, sie mit der Reichszentrale in engere Verbindung zu bringen. Diese Verbindung wird füglich zunächst nur eine persönliche und tatsächliche, keine verfassungsmäßig „verantworte“ sein können.“

Denn, so meint der Verfasser, die Verfassungsfrage als solche aufzurollen, wäre ein schädliches Experiment. Die „gegebenen rechtlichen“ Grundlagen bieten vielmehr nach seiner Ansicht freien Raum für die Leistung des Staatsmannes, „der versteht und schnell ergreift.“ Darüber ließe sich streiten. Jedenfalls aber ist dieser „freie Raum“, sehr viel mehr eingengt, als zu der Zeit, da Herr Preuß selbst Gelegenheit hatte, sich als Staatsmann zu bewähren. Trotzdem muß, wie von uns immer wieder betont wurde, das Versäumte nachgeholt werden.

## Die Londoner Beratungen.

Kalogeropoulos hat das Wort.

Die erste Vollziehung der Londoner Konferenz begann gestern nachmittag 4 Uhr im St. James-Palast. Ihr ging eine Vorbesprechung der verbündeten Staatsmänner voran, die bis 2 Uhr nachmittags dauerte und die, wie Pertinax im „Echo de Paris“ berichtet, „äußerst unangenehm“ verlaufen ist. Die in London versammelten Staatsmänner der Entente sind, einer Spanns-Weidung zufolge, entschlossen, etwaigen Verschleppungsversuchen der beiden türkischen Abordnungen auf der Londoner Konferenz entschieden entgegenzutreten. Die nächste Konferenzsitzung beginnt heute um 11 Uhr vormittags.

Von der gestrigen Sitzung entwirft der Londoner Berichterstatter des „Journal“ folgende Darstellung:

Paris, 22. Februar.

In der gestrigen Sitzung der Orientkonferenz erstattete der Chef der griechischen Abordnung, Ministerpräsident Kalogeropoulos, einen langen Bericht über die Lage im Orient. Sein Standpunkt, den er mit großem Nachdruck auseinandersetzt, ist der folgende: In Griechenland sei man ohne Unterbruch der Parteien mit dem Vertrag von Sevres zufrieden, und man sei auch bereit, alle notwendigen Opfer zu bringen, um seine Ausführung zu sichern. Griechenland habe in zufriedenstellender Weise das Mandat erfüllt, das man ihm übertragen habe, um dem Gebiet von Smyrna den Frieden zu bringen; die Haltung der Armee sei derart, daß sie sich auch ohne die Hilfe der Entente gut führen würde.

Kalogeropoulos wurde von dem Generalstabschef Serianis unterstützt, der in die Erörterung über den Charakter des Kampfes gegen die Kemalisten eingriff. Er versicherte nochmals: Wenn die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen Griechenland leidet, behoben würden, so könne dafür gebilligt werden, daß in einigen Wochen Anatolien gefäubert sein werde.

Diese Versicherungen erschienen der Versammlung denn doch etwas zu optimistisch. General Gouraud gab sodann einige Er-

klärungen ab, die große Verwunderung hervorriefen. Er sagte: Bei unserer Unternehmung, zum Beispiel gegen Antak, wurden unsere Truppen manchmal von dem Feinde mit 2000 Granatschuß pro Tag beschossen. Keimal soll im ganzen über 80 000 bis 100 000 Mann verfügen, abgesehen von den Freischärlern. Ein Vormarsch ist möglich, aber es gilt, sich auf alle Arten von Ueberraschungen und Gefahren gefaßt zu machen, wie sie eine lange und immer länger werdende Verbindungslinie unweigerlich mit sich bringt. Es wäre daher unklug, die Stärke des kemalistischen Heeres zu unterschätzen.

„Die“ Bemerkungen,“ so heißt es im „Journal“-Bericht weiter, „von einem Manne abgegeben, dessen Autorität unbestreitbar ist, sollten diejenigen Mitglieder der englischen Delegation bedenken,

## Der neue Landtag.

Das amtliche Wahlergebnis.

Das amtliche Wahlergebnis aus ganz Preußen liegt nunmehr vor. Es wurden insgesamt 15 951 338 Stimmen abgegeben. Davon haben erhalten:

die Sozialdemokraten . . . . .	4 171 286	Stimmen
das Zentrum . . . . .	2 964 202	„
die Demokraten . . . . .	977 463	„
die Deutschnationalen . . . . .	2 892 687	„
die Unabhängigen . . . . .	1 055 023	„
die Deutsche Volkspartei . . . . .	2 266 587	„
die Kommunisten . . . . .	1 207 695	„
die Wirtschaftspartei . . . . .	187 345	„

Außerdem erhielten die Polen 12 271 Stimmen, die Christliche Volkspartei 13 882, und sonstige Parteien 5008 Stimmen, wovon etwa 3000 baltische Stimmen im Kreise Flensburg abgegeben worden sind.

Auf Grund dieses Ergebnisses sind in den einzelnen Wahlkreisen gewählt worden: 94 Sozialdemokraten, 68 Zentrum (und Weissen), 13 Demokraten, 60 Deutschnationale, 17 Unabhängige, 47 Deutsche Volkspartei, 19 Kommunisten und 1 Wirtschaftspartei.

Durch Verrechnung in den Verbandswahlkreisen und durch Uebertragung der Reststimmen auf die Landeswahlvorschläge ergibt sich einschließlich der aus der Landesversammlung in den Landtag übernommenen ober-schlesischen Abgeordneten folgende Zusammenfassung des neuen Landtages:

Deutschnationale . . . . .	73	(bisher 50)
Deutsche Volkspartei . . . . .	56	( „ 21)
Zentrum . . . . .	83	( „ 94)
Demokraten . . . . .	25	( „ 66)
Sozialdemokraten . . . . .	111	( „ 143)
Unabhängige . . . . .	28	( „ 23)
Kommunisten . . . . .	30	( „ 0)
Wirtschaftspartei . . . . .	2	( „ 0)
Weissen u. Schleswig-Holsteiner . . . . .	6	( „ 3)

Der neue Landtag zählt daher 414 Mitglieder gegen bisher 402. Bei einer Gesamtstärke von 414 Mitgliedern des neuen Landtages erhält danach die bisherige Mehrheitskoalition 219 Stimmen, gegenüber 198 Stimmen für die Oppositionsparteien auf der Rechten und Linken.

Die geneigt waren, die Erklärungen des Herrn Kalogeropoulos als bare Münze zu nehmen. Ein Mandat, wie das Griechenland übertragene, heißt gewissermaßen die Regierung König Konstantins anerkennen; und wenn es weiter der griechischen Armee nicht gelingt, die Kemalisten zu schlagen, so heißt das, daß wir das Werk, zu dem sich seine Armee unfähig gezeigt hat, vollenden müssen. Es gibt dabei Risiken für England, das deshalb vielleicht einen unmittelbaren Frieden versuchen wird. Es fragt sich aber, ob dies möglich ist.“

(Siehe auch dritte Seite.)

## Die deutschen Gegenanschläge.

Simons bei den Sachverständigen.

Mit den deutschen Gegenanschlägen hat sich das Reichskabinett gestern in einer allgemeinen Beratung beschäftigt. Die Erörterungen der Sachverständigen sind noch nicht abgeschlossen, der Ausschuß ist heute neuerlich zusammengetreten. Zum ersten Male hat seinen Beratungen auch ein Mitglied des Kabinetts beigewohnt, und zwar der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons. Man nimmt an, daß die Verhandlungen der Sachverständigen noch bis zum Freitag andauern werden, und daß die deutschen Gegenanschläge erst an diesem Tage endgültig formuliert sein dürften. Die Abreise der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz dürfte am Sonntag erfolgen. Daß die Hauptdelegierten der deutschen Regierung die Minister Dr. Simons und Dr. Wirth sein werden, ist von uns bereits mitgeteilt worden.

## Das Spielen mit dem Feuer.

Von

Mag Theodor Behrmann,

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

\* Warschau, Mitte Februar.

In jüngster Zeit hat man hier ein Spiel zu treiben begonnen, das man beim besten Willen nicht anders denn als ein Spielen mit dem Feuer bezeichnen muß. Daß dieses gefährliche Spiel mit der Pariser Reise des polnischen Staatschefs seinen Anfang genommen hat, möchte ich — dies sei vorweg betont — als ein weit mehr zeitliches denn urfälliges Zusammentreffen hinstellen. Die realpolitischen Ergebnisse des Besuchs des Herrn Pilsudski in Frankreich liegen bereits mehr oder minder klar zutage. Darf man auch gewißlich nicht so weit gehen, wie etwa der halbamtliche Prager „Gaz“, der da dieser Tage behauptete, „Paris sei ein Canossa für den Marschall Pilsudski gewesen“, so unterliegt keinem Zweifel, daß die an der Seine aufgestellte Bilanz der polnisch-französischen Beziehungen ein Gewinn- und Verlustkonto ergeben hat, bei dem es zum mindesten fraglich erscheint, ob sich für Polen eine nennenswerte Dividende herauskalkulieren lassen dürfte. Selbst wenn es zu einer wirklichen französisch-polnischen Militärkonvention kommen sollte — man muß dies nach wie vor sehr stark bezweifeln —, so würde diese für Polen in allererster Linie doch nur die weitere kostspielige, die sterbensranke polnische Staatswirtschaft vollends zugrunde richtende Unterhaltung einer großen Armee bedeuten. Das französische Angebot — wenn dies wirklich nur ein „Angebot“ war —, eine Reihe von ständigen französischen Missionen zur Unterstützung der polnischen innern Verwaltung, des polnischen Finanz-, Eisenbahn- und Arbeiterwesens nach Warschau zu entsenden, hat bei allem Vorteil, den es für Polens Aufbau vielleicht ergeben könnte, einen Beigeschmack, über dessen Annehmlichkeit sich streiten läßt. An Stelle des hier schließlich erwarteten Finanzabkommens (bei der derzeitigen Finanzlage Frankreichs war diese hiesige Sehnsucht mehr gefühlsmäßig als praktisch verständlich) soll ein Handelsvertrag zustande kommen, auf Grund dessen Frankreich wohl sein altes und überflüssig gewordenes Kriegsmaterial loswerden dürfte, Polen aber ebenso exportunfähig bleibt wie bisher. Alles in allem: die an sich und in ihrer Aufmachung wunderschönen Tage von Paris boten weder dem polnischen Volke noch der polnischen Regierung wesentliche Gelegenheit zu übermäßiger Freude.

Und dennoch zeigt sich seit der Rückkehr des Herrn Pilsudski hier ein Uebermut, der zu sehr ersten Besorgnissen Anlaß gibt. Man täte Unrecht, wenn man die polnische Regierung als solche dafür verantwortlich machen wollte, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß einige Geschehnisse aus allerjüngster Zeit — wie das von dieser Seite verursachte Verlangen der schon recht weit fortgeschrittenen polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen oder die von der polnischen Regierung an den Pariser Botschafterrat gerichtete Forderung einer Entwaffnung der deutschen Freiwilligenformationen in Ostpreußen und einer Festlegung des Maximalbestandes der dortigen Reichswehr — eine gewisse bisher nicht in die Erscheinung getretene Aggressivität beweisen. Im allgemeinen ist es aber nicht so sehr das amtliche und verantwortliche Polen, das jeden aufrichtigen Friedenfreund höchlich beunruhigen muß, wie das Gebaren unverantwortlicher, aber vielleicht nicht minder einflussreicher Potenzen.

Zunächst und vor allem die polnische Presse, der man den ernstlichen Vorwurf nicht ersparen kann, daß sie mit brennender Einte in der Hand jeden Winkel des europäischen Pulverfellers durchstöbert. Man hat sich allerdings gewöhnt, die hiesige Presse den Mund etwas voll nehmen zu sehen. Aber noch niemals war der Ton der polnischen Zeitungen so bewußt brüskierend, so rückwärtslos herausfordernd, so kampflustig aufputzend fast gegen alle Nachbarländer in der Runde, wie seit den Festtagen von Paris.

Man findet da Untertöne, die weit mehr als häßlich, die ausgesprochenemmaßen wie eine kriegerische Fanfare klingen. Ist es nicht ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, wenn man in der hiesigen Presse hintereinander zu lesen bekommt, es „könnte bei der Abstimmung in Oberschlesien zu einem polnisch-deutschen Kriege oder doch zu bewaffneten Zusammenstößen kommen?“ („Kurzer Porann“) vom 8. Februar, oder daß „Sowjetrußland mit bestimmten bewaffneten Aktionen in den Abstimmungsgebieten rechnen?“ Ich wiederhole: das heißt denn doch mit brennender Einte an die in Oberschlesien ohnehin aufgehäuften Pulverfässer herantreten oder bei wenig Kenntnisreichen gar die Vermutung hervorgerufen, man gehe in Warschau selbst mit nichts weniger denn friedlichen Plänen um.

Die Drohungen an den westlichen Nachbarn sind ja leider nicht neu, haben nur in allerjüngster Zeit an Schärfe und Deutlichkeit gewonnen. Und so wird man sich auch nicht besonders wundern, wenn die hiesige Presse feter schreibt, weil die Deutsche Reichsbank „ohne Erlaubnis der polnischen Regierung“ ihre Danziger Filiale fortbestehen läßt, wenn die Stadtverordneten von Posen, von der sogenannten öffentlichen Meinung aufgehetzt, „feierlichen Protest“ gegen den beabsichtigten Austausch für das deutsche Konsulat in Posen